Von der Notwendigkeit verstärkter Friedensarbeit und von der Notwendigkeit der Selbstkritik
von Martin Stöhr

I. Vorwort Juni 1991

Die folgenden Grundgedanken gehen auf eine Thesenreihe zurück, die bei der Jahresversammlung von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste am 26. April 1991 zur Diskussion gestellt wurden. Sie sind um einige Überlegungen erweitert worden, weil das Stichwort von einer "Niederlage der Friedensbewegung" von mir wiederholt wurde. Ich bleibe bei dieser auf einem Symposium für Willy Schottroff am 17. Januar 1991 ausgesprochenen Analyse. Ich lade zu einem streitbaren Gespräch in der Friedensbewegung ein. Einen Beifall von der falschen Seite kann ich gut überstehen. Er kommt von denen, die noch nicht begriffen haben, daß Krieg kein Mittel der Politik mehr sein sollte, und - was ihre Argumente kümmerlich schwach macht - die in keinem Solidaritätskomitee für Kurden oder an Aktionen gegen Rüstungsexporte und Giftgasindustrien langfristig mitarbeiten.

In meinem ersten theologischen Semester in Bonn hat der Theologe Hans-Joachim Iwand für uns Studenten zum ersten Mal vom Scheitern der Bekennenden Kirche gesprochen: Ein Schock - und eine Befreiung. Ein Schock, weil die Bekennende Kirche eine Kirche war, mit der wir uns teilweise identifizieren konnten, eine Kirche, die angesetzt hatte, aus der Entfremdung staatlicher und wirtschaftlicher Rollenzuschreibung auszubrechen, eine Kirche, die versuchte, Kirche für andere zu sein. Es war aber auch eine Befreiung, weil viele Erben der Bekennenden Kirche teilweise auch an Machtpositionen der Volkskirche bauten, die, zumindest in der alten Bundesrepublik, zur Restauration alter Einbindungen der Kirche in Staat, Finanzsystem und Gesellschaft führten, die also eine Erneuerung der Kirche verhinderten.

Es war das Verhältnis zum jüdischen Volk, an dem theologisch und politisch die Bekennende Kirche gescheitert war. Ich will und darf den Vergleich nicht zu weit treiben und erst recht nicht in repressionsfreieren Zeiten als Richter auftreten. Aber aus der Geschichte zu lernen, heißt auch, eigene Urteile zu fällen. Ihre Richtigkeit ist nicht garantiert, aber ein Verzicht auf heutige Urteile über "besser" und "weniger gut" in politischen Problemen ist erst recht nicht erlaubt. Ein Orientierungs und Handlungs verzicht wäre die Folge, der eine Politik des Zuschauens, der Mitläufer, des "Weiter so" und damit des Genozids durch Massenvernichtungsmittel oder Hunger förderte. Die Konversion zu einer Entmilitarisierung, einer Gerechtigkeit, die Millionen Hungertote nicht mehr hinnimmt, des Rechtes (der Natur wie der Menschen) ist dann unmöglich. Dazu muß ich mir aber auch die Frage gefallen lassen: Lassen sich die Defizite in der Friedensbewegung nicht exemplarisch genau an derselben Frage festmachen wie in der Bekennenden Kirche: An der Vergeßlichkeit gegenüber dem jüdischen Volk?

H. J. Iwand hatte das Scheitem der Bekennenden Kirche damit begründet, daß auch sie
- sich zu stark um sich selbst gedreht habe,
- für eigene Rechte und Freiheiten und nicht für die anderer gefochten habe,
- über ihre instabile und diffuse Anhängerschaft nicht hinausgekommen war,
- den notwendigen Streit in sich selbst zu wenig geführt habe,
- eine politisch unausgewogene Parteinahme für besonders gefährdete Gruppen (Juden, Roma, Sinti, Demokraten, Linke, Homosexuelle, etc.) zugunsten genereller Aussagen kaum riskiert habe.

Auf dem Kirchentag fiel mir auf, daß der Beifall für Bekundungen von allgemeinem Friedenswillen - das ist auch schon viel ! - größer war als der Applaus, der querliegenden Fragen, den verflixten Details oder der Benennung vieler (statt einer) Ursachen und Fakten folgte.

II. Thesen und Fragen

1. Unhistorische Generalisierungen

Was für einen Teil unserer Großeltern in Deutschland der jüdische Viehhändler, der jüdische Bolschewik, der jüdische Kapitalist waren, ist für einen Teil der heutigen Bevölkerung, also auch der Friedensbewegung, die Palästinenserpolitik der jetzigen israelischen Regierung. Einzelne Fakten und Personen gab es und gibt es in bekannten negativen Beispielen. Aus Opportunismus sie zu verdrängen, belastete die deutsch-israelisch-jüdisch-christlichen Beziehungen mit Tabus. Es darf auf keinen Fall vergessen werden, daß aus Einzelfakten negative Urteile und Haltungen in generalisierender Weise gegenüber den Juden entwickelt werden. Sie produzierten tödliche Unmenschlichkeit und entschuldigten zugleich ausgebliebene Mitmenschlichkeit.

Antijudaismus, Antisemitismus und Antizionismus leben aber nicht von ihren "Belegen". Sie suchen sich ihre Belege und finden sie auch. Was es gibt, wird als symptomatisch für die Juden, den Zionismus, den Staat Israel gesetzt. Historische Fakten werden zu wenig zur Kenntnis genommen - z. B.: Warum gibt es heute eine so oft empörende Besatzungspolitk eines von der UNO gegründeten, von den Nachbarn - bis auf Ägypten - aber bis heute nicht anerkannten jüdischen Staates? Warum gab es eine überragende Beteiligung von Juden an der Arbeiterbewegung im Kampf für Demokratie und Liberalität, für Emanzipation und Menschenrechte, für Sozialarbeit und Wissenschaft? Warum und mit welchen Programmen enstanden die verschiedenen zionistischen und palästinensischen

Befreiungsbewegungen? Warum sind sie, wie andere Emanzipationsbewegungen (z. B. der ehemaligen Kolonien, der Kirchen, der Arbeiter, der Friedensarbeit) nicht davor geschützt zu erstarren? Warum gab es im christlichen Abendland über Jahrhunderte Berufsverbote für Juden außerhalb des Handels und des Geldgeschäftes? Hat das Nachwirkungen? Welche Bilder über Juden und "typisch" jüdisches Verhalten laufen religiös und säkular um? Solche Fragen sind besonders kritisch in einem Land zu stellen, in dem empirische Umfragen zeigen, daß mindestens 25 % der Bevölkerung irgendeine Spielart einer offenen Fremden- und Judenfeindschaft vertreten.

Nicht zu vergessen ist, daß die meisten Argumente des Antizionismus transformierte oder wiederbelebte Argumente des Antisemitismus sind. Ich kritisiere damit eine Denkfigur, die in der schlichten Gedankenfolge besteht: irgendwie sind Juden selber schuld an ihrem (und für viele: an manchem anderen) Unglück. Der Grünen-Politiker Ströbele hat sich dieser Denkfigur bedient, die von Rechts bis Links, von Nord bis Süd (zunehmend auch in der Zwei-Drittel-Welt) stark verbreitet ist. Die Angriffe der Scud-Raketen auf Israel sind irgendwie die logische Konsequenz der israelischen Palästinenserpolitik. Wenn es Israel nicht gäbe, oder wenn es die Palästinenser anders behandelte, gäbe es den Nahostkonflikt sozusagen nicht.

2. Israel-Verdrängung

Ich kritisiere aber mit dieser Denkfigur weniger einen offenen Antisemitismus, den es in der vielgestaltigen Friedensbewegung in der Tat kaum gibt. In diesem Kausalitätsdenken sehe ich aber die tiefsitzende Begründung für das, was ich Israel-Vergessenheit oder Israel-Verdrängung nenne. Das jüdische Volk wie der Staat Israel werden an die Ränder der jeweiligen Weltbilder und Strategien abgedrängt. Berührungsängste werden sichtbar: Mit Israel möchte man nicht allzuviel zu tun haben. Die "Süddeutsche Zeitung" hat am 4. Januar 1991 diese Israel-Vergessenheit erschreckend eindeutig kommentieren können: Auf die Frage, zu welchen Staaten das "neue" Deutschland bis zum Jahr 2000 auf Distanz gehen sollte, wurde von einer eindrücklichen Mehrheit Israel auf den 1. Platz gesetzt. Israel geriet auf den letzten Platz der Nationen, zu denen wir mehr Kontakte haben sollten. Ich weiß sehr wohl, daß es beeindruckende Mehrheiten, auch in der Friedensbewegung, gerade im Januar und Februar 1991, für das Selbstverteidigungsrecht Israels gab und gibt. Aber Unausgesprochenes, mag es noch so selbstverständlich sein, baut keine Brücken zu denen, die zum zweiten Mal in einer Generation (diesmal mit deutschen Gasmasken) vor deutschem Gas Angst haben.

Eine distanzierende Unterströmung hat viele Fundamente unterspült, auf denen in den vergangenen Jahrzehnten nach 1945 zum ersten Mal Brücken der Verständigung zwischen Deutschen und Israelis, zwischen Juden und Christen gebaut worden waren. Ich spitze die These noch zu und sage: Dieses Verdrängungsbedürfnis ist nicht besser als das der Stammtische, der historisierenden Historiker im Historikerstreit und der Schlußstrich-Politiker, die die Vergangenheit ruhen lassen wollen, obwohl sie in Opfern, Tätern, Zuschauern und Folgen noch gegenwärtig ist.

3. Mühsame Analysen gegen tödliche Prinzipien

Nonkonformismus ist wie Solidarität eine Frage des Datums, nicht des Prinzips. Die Friedensbewegung unterschied sich im großen und ganzen vom August 1990 bis zum Februar 1991 nicht (in der Struktur ihrer Argumentation!) von dem Durchschnitt der Bevölkerung: Wie von verantwortlichen Politikern, von der exportorientierten Industrie oder einem Großteil der zensierten Medien wurden häufig Prinzipien hochgehalten. Im Falle der Friedensbewegung halte ich die meisten für richtig. Aber man kann auch dadurch vom richtigen Weg abkommen, daß man immer nur geradeaus geht. Wird aus der in der Tat unaufgebbaren Aufgabe "Frieden schaffen ohne Waffen" (oder "Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein") ein Prinzip, so ist die damit genannte Aufgabe tot, das damit genannte Ziel aus Mangel an konkreten Schritten zur toten Richtigkeit geworden. Die Friedensarbeit hat sich mit Recht einen langen Weg vorgenommen. Dazu gehört ein langer Atem. Gleichzeitig ist kurzfristig und in jedem neuen Kairos neu zu formulieren, was denn die bleibende Aufgabe "Frieden schaffen ohne Waffen" in einer Situation bedeutet, in der mit vielen Waffen (nicht zuletzt aus unserem Lande) längst Krieg geschaffen wurde: Durch den Aggressor Saddam Hussein, der versuchte, mit seinen Raketenangriffen Israel nicht nur in den Krieg hineinzuziehen, sondern auch - wie oft angekündigt- zu vernichten, ja zu vergasen.

In dieser Situation nur den Ruf "Kein Krieg am Golf" oder "Kein Blut für Öl" zu wiederholen, bedeutet die Verabschiedung sowohl aus der Ethik wie aus der Politik und damit aus der Wirklichkeit. Patriot-Raketen gegen einen Gasangriff zu verweigern, heißt, einem Ertrinkenden, der sich dem Tode nahe fühlt, zu antworten: Wir sind gegen die Ausgabe von Rettungsringen (gleich Patriots). Wir arbeiten nur am langfristigen Programm, daß alle Menschen schwimmen lernen, so daß niemand mehr ins Meer geworfen wird und ertrinkt. Das langfristige Programm ist und bleibt richtig. Die manchmal zu beobachtende Diskussion aus unserem ungefährdeten, aber gefährdenden Land, ob denn die Ertrinkungsgefahr wirklich real bestünde, ist makaber.

Ich frage aber, wie ich Opfern nicht nur helfe, sondern Tätern auch in die Speichen ihrer Todesmaschinerie greife. Diebstahl, Mord, Ehebruch oder Krieg sollen "nach Gottes Willen" gewiß nicht sein, aber doch passieren sie. Also muß ich mich neu verhalten und einstellen, wenn es bereits Opfer gibt - in Kuwait, im Irak, unter den Kurden, unter den Schiiten, in Israel, in der Natur. Reicht die klassische Antwort von der Legitimität eines Widerstandsrechtes? Reicht die ökumenisch oft gegebene Antwort (z. B. gegenüber den Befreiungsbewegungen), daß die Duldung von Unrecht

oder Gewalt das größere Unrecht sein kann? So gewiß Transparente, Poster und Mahnwachen im Januar und Februar in vielen Städten auch konkreter wurden, auch zugunsten Israels, so gewiß fehlte den Zielen die Begleitung einer mühseligen Analyse und Auseinandersetzung um Ursachen und konkrete Schritte. Mit dem Kriegsende blieben sie bloß im Schoß der alten, kleinen Friedensgruppen. Sind dauerhaft neue Aktivisten in der Friedensbewegung nur durch neue Analysen und Schritte zu gewinnen, zeigt ihr Ausbleiben dann nicht eine tiefe Krise in der Friedensbewegung an, über die ich mich auch nicht dadurch hinwegtrösten kann, daß ich auf die noch viel größere Gleichgültigkeit in der Politik, in der Wissenschaft und in den Medien hinweise?

4. Instrumentalisierung innerjüdischer Kritik

Es gibt eine Denkfigur, die sich selbst nicht stellt, die zuwenig selbständig denkt, die sich eine Autorität ausleiht. Umso besser, wenn es eine jüdische Autorität ist. Die Rolle der Bezugsautorität für die Linke spielte in den 60er Jahren Henryk Broder, in den 70er Jahren war es Nahum Goldmann, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses und ein Kritiker der damaligen israelischen Regierungen. Für den mittelöstlichen Kirchenrat (MECC) ist es heute der jüdische Befreiungstheologe Marc Ellis. In diesen Tagen ist es Ernst Tugendhat mit seinem guten Artikel in der "Zeit" (22.2.1991), der allerdings urbi et orbi rechts und links die gern gehörte Absolution von "israelischer Erpressung" kundtut. BILD-Boenisch tat es zuletzt beim Kanzler-Besuch in Israel. Und zu allen Zeiten ist und bleibt es der frühe Zionist und Zionismuskritiker Martin Buber, von dem Nachdenkliches zu zitieren ist.

Ich wende mich nicht gegen alle Inhalte, die diese Autoren vertreten (Boenisch ausgenommen). Sie sind mir weithin sympathisch. Es geht um die Instrumentalisierung von Personen und Argumenten. Auch hier gibt es peinliche Vorläufer dieser Denkfigur. Alfred Rosenberg sagte in seinem "Mythos des 20. Jahrhunderts" genüßlich, schon Amos und Hosea kritisierten Israel. Wenn selbst Juden so etwas sagen, dann muß die Kritik doch berechtigt sein? Oder: Die Kritik des Juden Jesus an Juden aus der Pharisäergruppe, des Juden Paulus am Juden Petrus wurde durch Entjudung und Verchristlichung des Paulus und des Jesus zu Argumenten gegen die Juden, gegen "jüdische Gesetzlichkeit, Heuchelei oder Gewalt".

5. Weiterentwicklung des Völkerrechts und seiner Institutionen

Der Satz "Frieden schaffen ohne Waffen" versteht sich als eine Station im Lernprozeß, der aus der deutschen Geschichte, aus dem totalen Ausrottungskrieg gegen das jüdische Volk und aus dem Zweiten Weltkrieg zu lernen versucht. Das führt unweigerlich zu der Frage, wie denn die Alternativen zum Krieg und zum Genozid heute aussehen. Es ist ein sehr langer Prozeß, in dem hier gelernt werden muß (schwimmen lernen ...). Dazu gehört auch, die winzigen positiven Rechtsregelungen, die sich später als internationale Abkommen von Genf oder Den Haag ergaben, auszubauen. Es sind Regelungen, die die Folgen von Gewaltanwendung, vor allem für die Zivilbevölkerung, für Gefangene und Verletzte zu mindern suchen. Wenn wir bei der These bleiben - und ich bleibe dabei -, daß Krieg kein Instrument der Politik mehr sein kann, dann muß eine ungleich höhere Bemühung einsetzen, Alternativen zu entwickeln. Dann muß die Friedensbewegung sich um eine völkerrechtliche und menschenrechtliche Kompetenz bemühen, die sie zur Zeit noch nicht hat. Das kann nur bedeuten, sich für die Weiterentwicklung des Völkerrechts, der Menschenrechte und einer internationalen Gerichtsbarkeit einzusetzen. Dann muß auch die Frage beantwortet werden, welche Sanktionen den ersten Ansätzen eines schon entwickelten und weiterzuentwickelnden internationalen Rechtes zur Verfügung stehen. Recht ohne Sanktionsmöglichkeiten, d.h. auch ohne Gewalt, liefert das Recht in die Hände von Mächtigen. Dann verliert es seine Funktion, Minoritäten, bedrohte Gruppen und Völker bzw. deren Rechte und Freiheiten zu schützen.

Wie entwickeln wir internationale Gerichtshöfe wie in Den Haag oder internationales Recht wie im Nürnberger Prozeß? UNO-Truppen, sicher nicht befehligt von den Großmächten, sondern von Demokratien und kleineren Nationen, denen endlich Gleichberechtigung in der internationalen Völkergemeinchaft (ökonomisch im internationalen Währungsfonds und in der Weltbank und politisch im zu erweiternden Sicherheitsrat) zu gewähren ist - sind weitere, neu aufzugreifende Konsequenzen und Aufgaben. Das heißt: Auf unserer Tagesordnung steht auch ein engagiertes Votum für eine Reform der UNO. Die Demokratisierung muß beim Sicherheitsrat einsetzen, dessen fünf Mitglieder als Großmächte 80% der militärischen Ausrüstung an den Irak lieferten, den sie dann, zwar im Auftrag der UNO, aber unter Führung nur einer Großmacht, niederkämpften. Hier sind logische und ethische Absurditäten zutage getreten, die langer Nacharbeit bedürfen.

6. Theologische Verantwortung für Israel

Wie in der ökumenischen Diskussion war auch in der deutschen Diskussion der letzten Monate zu beobachten, daß das Feld der politischen Analyse und Erklärungen sich fast vollständig abgekoppelt hatte von dem Feld der theologischen Bemühungen, auf dem sich die Kirchen um Neuansätze in ihrer eigenen Theologie und Praxis und um eine Emeuerung der Beziehungen zwischen Kirche und Israel bemüht hatten. Was politisch geschwiegen oder gesagt wurde, war in Genf (Ökumenischer Rat der Kirchen) und im Vatikan fast nie durch eine theologische Reflexion gegangen und umgekehrt. Was theologisch erarbeitet worden war, scheute sich, auf dem Feld der Politik konkret zu werden. Hier geht es mir vor allem um drei Punkte:

a) Da wir wissen, wie rasch theologisch oder religiös sich begründende Vorurteile auch säkularisierbar sind, kann die Verantwortung religiöser oder theologischer Rede und Einstellung nicht hoch genug bewertet werden. Obwohl in Europa, kulminierend im deutschen Vernichtungsprogramm gegen das jüdische Volk und die Roma und Sinti, das Zusammenleben zwischen den Völkern und dem jüdischen Volk gescheitert ist, sind andere Länder mit christlicher oder islamischer Prägung der Bevölkerung und Gesellschaftsstruktur keineswegs dagegen gefeit, negative Einstellungen gegenüber dem Alten Testament, der Tora, einer heilsgeschichtlichen Kontinuität des jüdischen Volkes bis heute, den Pharisäern, einer Zusammengehörigkeit von Exodustradition, Bundesschluß und Landverheißung zu vertreten. Ebenso wenig sind sie immun gegen Argumente säkularer Judenfeindschaft oder einer "zionistischen Weltverschwörung". Die von der zaristischen Polizei einst gefälschten Protokolle der Weisen von Zion erleben nicht nur in Europa, sondern auch in arabischen Ländem heute häufige Neuauflagen. Rom und Genf haben noch nicht begriffen, was es heißt, die Bibel des jüdischen Volkes, die Bibel Jesu, als Gottes Wort gemeinsam mit denen zu lesen, denen sie zuerst galt und bis zum Ende der Zeiten gilt.

b) Die Beziehung Kirche - jüdisches Volk ist nicht ein Unterfall der Beziehungen der Kirche zu anderen Religionen. Zwischen Kirche und Israel gibt es eine singuläre Beziehung, sowohl im Blick auf die Geschichte wie auf die Gegenwart, die zur Begründung einer besonderen Verantwortung wird. Damit sind nicht die Notwendigkeiten verneint, die ebenso spezifischen Beziehungen zu anderen Religionen, allerdings unter Verzicht auf einen Absolutheitsanspruch des Christentums, endlich zu bearbeiten. Absolut allein ist Gott; jede Rede von ihm, auch das Christentum, ist relativ. Die Verbindlichkeit des Glaubens ist in seiner Gewißheit etwas anderes, vor allem, weil sie von dem befreienden Auftrag Gottes an Israel und in Jesus von Nazareth an die Christenheit und von der Verwirklichung seines Willen nicht zu trennen ist.

c) Die Lektüre der jüdischen Bibel darf nicht selektiv in der Aneignung enteignend geschehen. Das heißt: integral zum Selbstverständnis des jüdischen Volkes und zum Verständnis dieses Volkes durch die Kirche gehört eine unauflösbare Beziehung von Volk - Bund - Land. Wer sich nur die Exodustradition oder ein paar Psalmen- und Prophetenstellen herausgepickt, zerstört sowohl die konsistente Architektur der jüdischen Bibel wie ihre universale Perspektive. Wer für Schalom und Gerechtigkeit arbeitet und die erste Adresse, Israel, dieser alle Völker betreffenden Hoffnung vergißt, arbeitet ungenau. Solche Ungenauigkeit kostet Opfer. Im Alten Testament gibt es Erfüllung und Verheißung, Evangelium und Gesetz, wie es im Neuen Testament Gesetz und Evangelium, Verheißung und Erfüllung gibt. Das verhindert jede Verhältnisbestimmung der Kirche zum jüdischen Volk, die auf der Figur "vorläufige Verheißung und endgültige Erfüllung" beruht. Das Judentum ist, gemessen an seiner bleibenden Erwählung und der ausstehenden Erlösung der Welt, gegenüber dem Christentum, gemessen an dessen Berufung und der ausstehenden Erlösung der Welt, nicht defizitär. Beide erhielten Gottes Gaben als Aufgaben.

7. Ehrlicher Dialog mit dem Islam

Auch in der Beziehung zum Islam gibt es ein singuläres, auch eigenständig zu bestimmendes Verhältnis, das aber nur zu haben ist, wenn die Singularität der Beziehungen zwischen Kirche und Israel nicht vergessen oder aus opportunistischen Gründen hintan gestellt wird. Der leider erst heutzutage beginnende Dialog mit dem Islam, der zu Recht gefordert und zu wenig betrieben wird, hat zur Grundvoraussetzung eine radikale Ehrlichkeit, die das Besondere, das Gemeinsame und das Unterscheidende gleichzeitig benennt und bearbeitet. Ich beobachte gelegentlich einen sublimen Rassismus, der von "arabischer Rhetorik" spricht, die man nicht so ernst nehmen dürfe, oder eine Schonhaltung, die kritische Fragen zu wenig stellt, z. B. die Frage, ob ein corpus islamicum Juden, Christen, Bahai, Kurden, Dissidenten oder ethnischen und kulturellen Minderheiten in seiner Mitte Recht und Freiheit gibt. Die Frage muß diskutiert werden, auch wenn die Christenheit angesichts eigener Theokratieversuche und Kreuzzüge nicht von der Position des Rechthabens aus fragt. Genauso offen ist aber den Versuchen konservativer Militärs und Christen zu widersprechen, nach dem Verschwinden kommunistischer Staaten nun den Islam oder"den Süden" als Gegenstand neuer Feindbilder oder militärischer Abschreckungstheorien aufzubauen.

8. Angstbewegung und die ungelösten Probleme

Eine Analyse der nur für wenige Wochen sichtbaren Angstbewegung, die nicht zu einer Friedensbewegung wurde, sondern mit dem Ende des Krieges auseinanderlief, ist selbstkritisch notwendig. Ich beurteile Angst als ein menschliches Signal für Menschlichkeit positiv. Genau dieses Verständnis aber führt mich zu der scharfen Frage: Schien nur das eigene Menschsein in Deutschland, evtl. durch Massenvernichtungsmittel oder ökologische Katastrophen, gefährdet? Wie kam es zu diesem provinziellen Gefühl? Trieb nur die Angst Menschen auf die Straßen und zum Hamstern in die Supermärkte? Für mich besteht die Niederlage der Friedensbewegung (in all ihren unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Zweigen auch unterschiedlich) darin, daß die Aufklärung der Angst weder im voraus noch im nachhinein gelungen ist. Die intellektuelle und emotionale Mühsal für langfristige Arbeits und Politisierungsprozesse stieß - bis heute - auf wenig Resonanz. Die Friedensbewegung machte, verarbeitete aber kaum die erschreckende Erfahrung, für wenige Wochen auch (nicht nur!) Mitläufer gehabt zu haben, die sich mit dem Ende des heißen Krieges wieder verliefen.

Die kleinen Gruppen der Friedensbewegung sind heute so klein wie vorher. Sie sind aber noch notwendiger als vorher. Denn in allen Generationen, besonders an den Hochschulen und Schulen, läuft der Prozeß der Privatisierung

und damit Entpolitisierung des Lebens. Ein emotionaler, unaufgeklärter Schub im Januar/Februar 1991 brachte hier kein Wende. Wie die Wende in Osteuropa den Westen nicht stimulierte zu neuem Denken, sondem konfirmierte und affirmierte, so hat der zweite Golfkrieg für viele, als er vorüber war, die Fortsetzung des industriellen, politischen und völkerrechtlichen Status quo freigegeben.

Dabei sind die Probleme nach dem zweiten Golfkrieg so ungelöst wie vorher. Sie wurden noch schwieriger zu lösen: Syrien hat den Libanon annektiert; es vertritt, wie der Iran, gegenüber Israel dasselbe Programm wie der Irak. Diese drei Länder sind ausgerüstet von denselben Lieferanten aus dem Osten, Westen und der Zwei-Drittel-Welt. Die Hochrüstung der Golfregion geht weiter. Das palästinensische Volk ist dem dringend notwendigen Selbstbestimmungsrecht keinen Millimeter näher gekommen. Die Anerkennung eines gesicherten Lebensrechtes für Israel wird in den arabischen Staaten weiter verweigert, Ägypten ausgenommen. Menschenrechte und Minoritätenrechte sind, wie die Demokratie, die es im Mittleren Osten und in Israel gibt, auf der Verliererseite. Eine Verteilungsgerechtigkeit durch eine neue Weltwirtschaftsordnung ist ferner denn je. Kurden, Assyrische Christen und Schiiten sind im Irak, in Syrien und in der Türkei gefährdet, ja schon zu Tausenden ermordet worden. CDU, FDP und SPD lehnen gemeinsam eine Untersuchungskommission des Bundestages zu deutschen Waffenlieferungen ab. Die Friedensbewegung ist und wird nicht arbeitslos. Neu anfangen aber muß sie.

9. Komplexität und monokausale Erklärungsmuster

Eine kritische Aufarbeitung der friedenspolitischen Aktivitäten der letzten Monate zeigt auf allen Seiten ein Defizit an präzisen historischen Kenntnissen der Vorgeschichte des Golfkonfliktes, eine erschreckende Neigung, bekannte Interpretationsmuster zu verwenden. Ebenso stark war die Unkenntnis z. B. über die völkerrechtliche Fundierung der Existenz Israels, über die Frage, wie es zu einer Lösung der verschiedenen Konflikte kommen könnte, welche Argumente in der israelischen Gesellschaft vorhanden sind, welche Positionen Exilgruppen und Oppositionsgruppen der Golfländer oder der Palästinenser vertreten.

An manchen Orten war zu beobachten, daß die politischen Interpretationsmuster, mangels Information über die Vielschichtigkeit sowohl der politischen, religiösen, ökonomischen und kulturellen Konfliktschichten am Golf wie im Blick auf den Konflikt Israel - Palästina, dazu führten, daß monokausale Erklärungsmuster Konjunktur hatten. Es gab zu viele Zwangseinweisungen des Konfliktes in das alte Ost-West-Schema oder in das von unserer Politik und Gesellschaft massiv verdrängte Nord-Süd-Schema.

Die Nachrüstungsdebatte war im wesentlichen ein one - issue - movement, eine ein Punkt-Bewegung. Das erleichterte die Bündnisfähigkeit der beteiligten unterschiedlichen Gruppen und die politische Orientierung. In der Analyse des zweiten Golfkrieges, und damit in der Zielbeschreibung, mußten viele Konflikte berücksichtigt und unterschiedliche Adressaten angesprochen werden. Dabei erwies es sich auch als notwendig, die einzelnen zu verfolgenden Ziele mit Prioritäten zu versehen: Der Stop eines Aggressors, eine gerechte Verteilung des ungeheuren Reichtums einiger arabischen Länder und Feudalschichten, die Sicherung Israels gegen lange und mehrfach angedrohte Vernichtung, die Sicherung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes und das Ende der Besatzung in der West-Bank und im Gazastreifen, die Stärkung der UNO, die Rettung von religiösen oder ethnischen Minderheiten, der Abbau der Hochrüstung, die Durchsetzung von Demokratie, Völkerrecht und Menschenrechten. Was ist wie zu erreichen? Wo sitzen friedensgefährdende Potentiale, wo Bundesgenossen?

10. Ungelöste Spannung: neu anfangen in der Friedensbewegung

Es ist eindeutig klar: Der Ausbruch eines Krieges ist das Versagen nicht nur des menschlichen Intellektes und der Politik, sondem auch des menschlichen und zwischenmenschlichen Ethos. Es ist ebenso klar, daß der Krieg hätte vermieden werden können, wenn der Irak nicht über zehn Jahre lang ein hofierter Bündnispartner des Ostens und des Westens (zum großen Teil gegen den Iran und gegen die Kurden) gewesen wäre, wenn der Irak nicht seinen Platz auf der USA-Liste der terroristischen Staaten, den er 1979 bis 1982 innehatte, aus bündnisopportunistischen Gründen verloren hätte, wenn nicht eine nur am Profit orientierte Ausrüstung mit Industriegütem und Waffenfabriken erfolgt wäre, wenn der Verletzung von Völkerrecht und Menschenrecht im ersten Golfkrieg (sowohl gegen den Iran wie gegen die Kurden) genauso große Aufmerksamkeit zuteil geworden wäre wie der Aggression und den Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen ab dem 1. August 1990. Aber hier geht es nicht mehr nur - und das wäre die schlechteste Position der Friedensbewegung - darum, auf Punkte hinzuweisen, an denen "wir" Recht gehabt haben. Unser Protest gegen Waffenexporte, die zu 90% legal durch unsere Politik und durch die Internationalisierung von Produktion und Export gedeckt waren, unser Protest für eine gerechte Verteilung der ungeheuren Ölressourcen, unsere Proteste für die Minderheiten, z. B. der Kurden, sowie unsere Kritik an Sicherheitskonzepten, die nur in militärischen Kategorien denken, waren nicht von gleichrangigen Protesten für das Existenzrecht Israels begleitet.

In der konkreten Situation des Jahres 1990/91 zeigte sich, daß aus den beiden richtigen Aufgabenstellungen eines großen Teils der Friedensbewegung: "Nie wieder Auschwitz" und "Nie wieder Krieg" schnell Prinzipien geworden waren. Die notwendige Spannung zwischen beiden unaufgebbaren Zielen wurde zu oft spannungslos aufgelöst zugunsten der zweiten Aussage. Dabei gibt es nach 1945 nicht nur Kriege, sondern durch ungerechte

Wirtschaftsstrukturen und Hunger und durch Kriege auch Genozide. Einige kritische Historiker hielten deshalb zu Recht dagegen: "Seit Auschwitz wissen wir, daß es Schlimmeres als Krieg gibt." Auch dieser Satz kann zum Prinzip werden, das dann als tote Richtigkeit etwas legitimiert, was nicht zu legitimieren ist: Krieg. Um der Konkretheit eines menschlichen und solidarischen Handelns willen muß es nötig sein, Prinzipien zu zerbrechen, um menschlich und politisch handlungsfähig zu bleiben. Im Kern der Friedensbewegung, die hier und da daran zerbrach, wurde dieser schmerzliche Riß auch stark empfunden.

Wo es um der Prinzipientreue willen zu einer Israelvergessenheit oder Israelverdrängung kam, wo sie geduldet wurde, waren da nicht wichtige Einsichten aus Bonhoeffers Ethik vergessen worden? Er, der Pazifist und Gewalt nicht ausschließende Widerstandskämpfer, hatte formuliert: "Wenn Kant aus dem Prinzip der Wahrhaftigkeit heraus zu der grotesken Folgerung kommt, ich müsse auch dem in mein Haus eingedrungenen Mörder seine Frage, ob mein Freund, den er verfolgt, sich in mein Haus geflüchtet hat, ehrlicherweise bejahen, so tritt hier die zum frevelhaften Übermut gesteigerte Selbstgerechtigkeit des Gewissens dem verantwortlichen Handeln in den Weg." Bonhoeffer erinnert daran, daß die Weigerung, Schuld auf sich zu nehmen (und ohne Schuld ging es für alle Beteiligten im Golfkrieg nicht ab), die Nächstenliebe verrät. Die Nächstenliebe setzt sich dann in Widerspruch zu "meiner in der Wirklichkeit begründeten Verantwortung". Allzu oft wurde mir das Wort von Matthias Claudius zitiert: "S' ist Krieg , und ich begehre, nicht Schuld daran zu sein." Auf welchem Rang in der Hierachie ethischer und menschlicher Ziele ist die Schuldfreiheit angesiedelt?

Wenige in der Friedensbewegung bestritten das Selbstverteidigungsrecht Israels, genauso wenig wie die Einsicht, daß Befreiungsbewegungen Gewalt nicht immer ausschließen können. Ebenso viele wehrten sich mit Recht dagegen, aus diesen Einsichten wieder zu einer Lehre vom gerechten oder gar heiligen Krieg zu kommen. Aber von diesen abstrakten Einsichten bis zur praktizierten, menschlich ausgedrückten Solidarität ist es oft ein weiter Weg. Für viele bedrohte Menschen blieb der Weg unerkennbar lang. Andere mögen darüber zur Tagesordnung übergehen. Die Friedensbewegung darf es nicht. Wir müssen neu anfangen. Vielleicht zuerst einmal in einem internationalen Austausch mit Vertretern und Vertreterinnen der niederländischen, US-amerikanischen und israelischen Friedensbewegung und darüber hinaus mit denen der Bürgerrechtsbewegungen aus der CSFR und der ehemaligen DDR.

aus: Junge Kirche. Eine Zeitschrift europäischer Christen, Okt./Nov. 1991

Abgedruckt im „Materialdienst“ 1992/1 von ImDialog – Evang. AK für das christlich-jüdische Gespräch.

www.imdialog.org